

Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass die Sozialpartnerschaft sich in Zukunft auf das für sie ursprünglich Wesentliche konzentrieren wird. Dadurch kann die Sozialpartnerschaft grosse Teile der gegen sie gerichteten Kritik auffangen. Zu dieser Reduktion auf das Wesentliche zählt insbesondere die Konzentration auf die Lohn- und Preispolitik. Hier ist das spezifische Politikfeld der Sozialpartnerschaft zu sehen, auf dem sie auch in Zukunft für unverzichtbar gehalten werden wird.

Parallel damit ist ein weiterer Aufstieg des Parlamentarismus mit seiner relativ offenen Mehrheitsbildung und seiner relativ geringen Berechenbarkeit wahrscheinlich. Die Parteien werden sich, wie schon in den Fällen Zwentendorf und Hainburg geschehen, immer wieder von den vorgegebenen Interessen der Wirtschaftsverbände emanzipieren. Das Parlament hat bereits begonnen, sich von der engen Verflechtung mit der Sozialpartnerschaft teilweise zu lösen.

Dieser Prozess wird durch eine weitere Dekonzentration des Parteiensystems begleitet werden. Die kleineren und die neuen Parteien sind durch eine Nicht-Verflechtung mit der Sozialpartnerschaft gekennzeichnet. Mit dem Aufstieg dieser Parteien wächst im Parlamentarismus und im Parteiensystem die Zahl der Akteure, die den Verbänden und damit der Sozialpartnerschaft nicht verbunden sind – das für diese so wichtige Element der politischen Synchronisation zwischen Parteien und Verbänden wird so geschwächt.

Ein weiterer Aspekt der Schwächung der Sozialpartnerschaft ist die Internationalisierung. Mit oder ohne EG-Mitgliedschaft bedeutet die internationale Verflechtung der österreichischen Wirtschaft, dass diese immer weniger von Österreich gesteuert werden kann – und das bedeutet auch vor allem eine Beschränkung der österreichischen Sozialpartnerschaft. Dies wird von einem «Zeitgeist» begleitet, der auch noch in der näheren und mittleren Zukunft den Vorrang marktwirtschaftlichen Denkens mit sich bringt. Eben dieses ist nicht Stärke der Sozialpartnerschaft.

Die «Logik» der Verbände und der Sozialpartnerschaft wird somit weiter an Bedeutung verlieren; jene Logik, die den für jede politische Entscheidung notwendigen Kompromiss durch elitäre Konsensbildung in Form von Junktimes und Mittellösungen (formelle und substantielle Kompromisse) herstellen will. Demgegenüber ist die «Logik» der Parteien und des Parlamentarismus im Aufwind und gewinnt an Bedeutung. Diese Logik bedeutet die Erzielung von Kompromissen durch Wettbewerb um Wählerstimmen – der durch diese Konkurrenz automatisch eintretende Sog zur politischen Mitte garantiert Mässigung.